

Beschlussvorlage

 zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**
Betreff
Einrichtung einer Mehrstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten V/3
Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis						
	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Ausschuss Soziales und Senioren	23.04.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	27.04.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Finanzausschuss	04.05.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Rat	05.05.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Rat der Stadt beschließt die Einrichtung einer Mehrstelle Verwaltungsangestellte/r EG 12 (VGr. III/II Fg. 1a/1e) bzw. BGr. A 12 BBO im Büro der Behindertenbeauftragten zum Stellenplan 2010 für die schwerpunktmäßige Projektbetreuung der Themenbereiche „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ und „barrierefreier Tourismus“, sowie für die Ausschreibung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik. Die kurzfristige Besetzung der Stelle erfolgt unter der Maßgabe der Bereitstellung einer (haushaltsneutralen) verwaltungsinternen Kompensation.

Alternative:

Das Büro der Behindertenbeauftragten kann die initiierende und koordinierende Rolle für verschiedene wichtige Themen nicht mehr wahrnehmen, insbesondere „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“, „barrierefreier Tourismus“ sowie für die Ausschreibung des gerade erst ins Leben gerufenen Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme 65.800 €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses %	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten 65.800 €	b) Sachkosten €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)		Einsparungen (Euro)			

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Mit der Einrichtung des Büros der Behindertenbeauftragten, mit der Ausweitung der Rechte der Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik und mit der Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona hat die Stadt die deutliche Absicht zum Ausdruck gebracht, dass die Behindertenpolitik der Stadt ein größeres Gewicht erhalten soll.

Seit Aufnahme der Arbeit des Büros der Behindertenbeauftragten wird dies immer stärker von den Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen – im ersten Jahr wurden mehr als 500 Anfragen und Beschwerden von Bürger/-innen bearbeitet. Aber auch die Ämter der Stadtverwaltung, Ausschüsse des Rates, Bezirksvertretungen sowie Institutionen und Firmen in der Stadt wenden sich inzwischen mit Fragen und/oder der Bitte um Stellungnahmen an die Behindertenbeauftragte.

Bereits jetzt ist die Rolle des Büros in verschiedenen Fragen eine initiiierende und koordinierende für verschiedene Themen innerhalb der Stadtverwaltung, u. a. für verschiedene Themen aus dem Bereich Bauen und Verkehr, ebenso für Themen aus der Kultur, der Arbeit, der (Schul-)Bildung und der barrierefreien Kommunikation.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungen ist die Einbeziehung und Beteiligung der Behindertenbeauftragten in vielen Bereichen selbstverständlich geworden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat sich zur wohl aktivsten und wirkungsvollsten Stadtarbeitsgemeinschaft entwickelt. Dies ist nur möglich geworden durch die sehr sachorientierte und kompetente Unterstützung durch das Büro der Behindertenbeauftragten.

Gegenwärtig erarbeitet die Behindertenbeauftragte mit Unterstützung aus den Dezernaten ein Handlungskonzept zur Behindertenpolitik. Durch die öffentliche Diskussion dieses Handlungskonzeptes und seine Veröffentlichung im ersten Halbjahr 2009 werden die Erwartungen an eine deutliche Weiterentwicklung der städtischen Behindertenpolitik weiter wachsen.

All diese Entwicklungen sind erfreulich und erwünscht, stoßen angesichts der begrenzten Personalkapazitäten bei V/3 allerdings auch auf Grenzen in der Umsetzung, so dass u. a. die überregionale Zusammenarbeit, die Nutzung des Wissenschaftsstandortes Köln für die Entwicklung und Begleitung eigener Projekte sowie die Beteiligung an EU-Projekten nicht realisiert werden konnten. Zudem müssen ohne eine weitere Stellenzusetzung aufgrund der starken Inanspruchnahme des Büros der Behindertenbeauftragten durch Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Aktivitäten bei den Themenfeldern „Arbeit für Menschen mit Behinderung“, „barrierefreier Tourismus“ weiter zurückgefahren werden. Die weitere Vergabe des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik ist ebenfalls gefährdet.

Um die Betreuung der Themenbereiche „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ (Koordination / Initiierung von Aktivitäten und Beteiligung an Projekten) und „barrierefreier Tourismus“, sowie die Ausschreibung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik weiterhin

zu sichern, sind die Zusetzung einer Stelle zum Stellenplan 2010 sowie deren kurzfristige Besetzung erforderlich. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 wird daher eine verwaltungsinterne Verrechnung zur Verfügung gestellt.

Die Haushaltsneutralität der Stellenzusetzung ist sichergestellt durch Umschichtung entsprechender Personalaufwendungen aus dem Teilergebnisplan 0101, Innere Verwaltung (Trainee-Programm) zum Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr. 1 und 2